

Diskurs

Diskussionsforum und Newsletter

Herausgegeben von Ulrike Trebesius und Jörn Kruse

Ausgabe D8	26. Mai 2021
-------------------	---------------------

D8-1	Nie wieder? (Nina Goll)	2
D8-2	Strategisches Wählen bei der Bundestagswahl 2021 (Jan Thieme)	4
D8-3	Replik (I): Bürger an die Macht – aber wie? Eine Replik auf Jörn Kruse (Jan Thieme)	8
D8-4	Demokratie heißt Beteiligung und Mitsprache der Bürger (Dirk Meyer)	12
D8-5	Die Sicht eines verlassenen Liebhabers von Britannia, Kommentar zu D7-1, Stephanie von Wellinghoff, Think I of England at night... Brexit und die Selbstbestimmtheit der Völker (Jörn Kruse)	14

Jeder kann „Diskurs“ weiterleiten. Das ist erwünscht. Jeder kann sich auf den Email-Verteiler für die künftigen Ausgaben setzen lassen:

diskurshamburg@gmail.com .

Natürlich kann man sich jederzeit davon streichen lassen.

Wenn Sie einen Beitrag in DISKURS veröffentlichen möchten, senden sie ihn bitte im Word-Format an die genannte Mail-Adresse.

Die Webseite von DISKURS

<https://diskurs-hamburg.de/>

ist online erreichbar und kann kommentiert werden,.

D8-1

Nie wieder?

Nina Goll

Ralph Giordano beschreibt in seinem autobiographischen Buch „Die Bertinis“ eindrucksvoll, wie er als jüdisches Kind die Zeit des 3. Reiches in Hamburg erlebt hat. Er beschreibt die Reichskristallnacht ebenso detailliert wie die Anfeindungen bzw. Ausgrenzungen oder das tägliche Wegsehen. Das Buch ist besonders für Hamburger eindrucklich, wenn man täglich auf all diesen Straßen geht und fährt, an all diesen Plätzen vorbeikommt, wo jüdischen Menschen Unrecht und Gewalt angetan wurde. Viele Stolpersteine auf unzähligen Straßen erinnern an die Orte, an denen jüdische Menschen enteignet und vertrieben worden. Zurecht hat Deutschland deshalb das Wohl Israels zur Staatsräson erhoben. Damit so etwas nie wieder passiert.

Nie wieder?

Am Mittwoch letzter Woche hat am Hamburger Hauptbahnhof ein großer Autokorso stattgefunden, an dem augenscheinlich Palästinenser und Araber die Bombardierung Israels feierten. Hupende Autos, aus denen Palästinensische Fahnen wehten, Sprechchöre mit anti – israelischen und antisemitischen Inhalten wurden gegrölt. Die Stimmung schwankte zwischen ausgelassen und aggressiv. Die Polizei stand in den Nebenstraßen und beobachtete das Geschehen, ohne jedoch einzugreifen. Passanten gingen gesenkten Blickes schnellen Schrittes weiter.

Es hat in den vergangenen Tagen vieler solcher Demonstrationen und Ausschreitungen in vielen Städten Deutschland gegeben. Synagogen wurden angegriffen, israelische Flaggen wurden verbrannt, Sprechchöre riefen „Scheiss-Jude“, dazu wurden türkische und palästinensische Fahnen geschwenkt. Der Berliner Innenminister Andreas Geisel hat dazu festgestellt: „Nach bisherigem Erkenntnisstand kamen die Gewalttätigkeiten nicht aus dem Bereich organisierter Palästinenser, sondern, die Polizei nennt das erlebnisorientierte Jugendliche`. (...) Von dort ging eine unglaubliche Aggressivität hervor.“ Antisemitismus ist jetzt also ein erlebnisorientierter Zeitvertreib? Wohin mündet die unglaubliche Aggressivität? Unterstützt wurden diese Demonstrationen von radikalen linken Gruppierungen, wie die NZZ berichtete.

Die Reaktionen der deutschen Politik waren erbärmlich. Der SPD-Chef Norbert Walter-Borjans fordert deutsches Mitspracherecht in Israel, denn Deutschland habe ein Recht darauf, im Nahen Osten gehört zu werden. Im Deutschland dieser Tage darf das aber ungestraft geäußert werden und zieht keinerlei Konsequenzen nach sich. Heiko Maas sei an dieser Stelle wegen Irrelevanz ausgelassen, er hat auch nichts Kluges gesagt.

Angela Merkel lässt von ihrem Regierungssprecher Steffen Seibert ein paar dürre Sätze verlautbaren, dass die israelfeindlichen Demonstrationen beschämend gewesen seien und man an der einen oder anderen Stelle zu tolerant gewesen sei. Das ist schon starker Tobak in einem Land, das sonst schnell mit Vorwürfen und harter Kritik bis hin zur Ausgrenzung gegenüber Menschen ist, die auch nur ein einziges Wort falsch verwenden. Hier finden Verharmlosungen statt, anstatt hier klar Roß und Reiter zu benennen. Es handelt sich um die Bestrebung insbesondere unserer Bundeskanzlerin, die unangenehmen Begleiterscheinungen der von ihr zu verantworteten unkontrollierten Zuwanderung zu verharmlosen. Dies hat man bei den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht 2015/16 auch getan.

Die ARD macht aus der Hisbollah „Aktivisten“, stellt sich ansonsten ebenfalls dumm und schreibt in einer Stellungnahme auf Twitter: „Wenn Sie unseren Beitrag aufmerksam gelesen haben, werden Sie merken, dass wir nicht wissen, wer die Synagoge angegriffen hat. Ob es Einwanderer waren, wenn ja, welchen religiösen oder kulturellen Hintergrund sie haben, oder ob Rechtsradikale an der Tat beteiligt waren, wir wissen es einfach nicht.“

Der Zentralrat der Juden in Deutschland veröffentlichte daraufhin auf Twitter ein Video, in welchem die Demonstranten deutlich zu erkennen waren. Wer diese Bilder gesehen hat, dem kommen schon erhebliche Zweifel, ob die Journalisten der ARD hier nicht sehen wollen was offensichtlich ist, insbesondere, da sie sonst jeden Reichsbürger oder Corona-Leugner ohne Zweifel bereits am Hut erkennen. Insgesamt kann die Berichterstattung in Deutschland als verharmlosend und verschleiern bezeichnet werden, von der ARD über die FAZ bis zum Spiegel.

In Deutschland kann nicht offen über diesen neuen Antisemitismus geredet werden, da dann auch über die Einwanderungspolitik und allen sich daraus ergebende Problemen debattiert werden müsste. Doch das ist ein Tabu, an dem weder Politik als Verursacher noch die Medien als Unterstützer rütteln wollen.

Dabei ist es dringend notwendig, diese Fragen zu beantworten, um Antworten für die Zukunft zu finden. Wir müssen über die Versäumnisse bei der Integration sprechen, über entstandene Parallel- und Gegengesellschaften, über Frauenverachtung, Homophobie oder besser Schwulen-Hass und natürlich über Antisemitismus.

Die Politiker unseres Landes haben uns in eine Situation hineinmanövriert, die unerträglich ist und eigentlich einer klaren Ausarbeitung bedarf. Flankiert wurden sie dabei von den Medien dieses Landes. Da hier kein Bedarf an Aufklärung besteht, ist es denn jüdischen Mitmenschen wohl geraten darüber nachzudenken, wie sicher sie in diesem Land noch leben können. Denn in Deutschland bekämpft man intensiv die Vergangenheit des 3. Reiches, während man die aktuellen Entwicklungen nicht sehen möchte oder wider besseres Wissen beschweigt. Die vielgepriesene und oft eingeforderte Zivilcourage ist kaum zu finden.

Nie wieder? Dessen kann man sich nicht sicher sein!

D8-2

Strategisches Wählen bei der Bundestagswahl 2021

Jan Thieme

Wie es am 26. September kommen könnte

Die letzten Umfragen zur Bundestagswahl 2021 lassen viele Koalitionsoptionen möglich erscheinen. Wenn man jedoch ein paar einfache Annahmen über das Parteienverhalten macht, erscheinen nur noch wenige Optionen als realistisch. Diese bieten einen Anreiz zu strategischem Wählerverhalten. Das daraus hergeleitete Ergebnis ist paradox.

Die seit der Kür der Kanzlerkandidaten Baerbock und Laschet einigermaßen stabilen Umfragen werden hier durch eine Projektion fortgeschrieben, bei der vermutet wird, dass es zwischen Union und Grünen bei einem polarisierenden Kopf-an-Kopf-Rennen bleiben wird und dass der Anteil der sonstigen Stimmen wie bei der Bundestagswahl 2017 liegen wird:

Partei/ Koalition	Umfrage- ergebnisse		Projektion 26.9.21	
	Stim- men	Man- date	Stim- men	Man- date
AfD	11,5	12,2	11,5	12,1
FDP	11,5	12,2	11,5	12,1
Union	24,5	25,9	25,0	26,3
Grüne	24,5	25,9	25,0	26,3
SPD	15,5	16,4	15,0	15,8
Linke	7,0	7,4	7,0	7,4
Sonstige	5,5	-	5,0	-
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>Schwarz-Grün</i>	49,0	51,9	50,0	52,6
<i>Ampel</i>	51,5	54,5	51,5	54,2
<i>Deutschland</i>	51,5	54,5	51,5	54,2
<i>Linkskoalition</i>	47,0	49,7	47,0	49,5

Umfrageergebnisse: Durchschnitt Infratest 10.-11.5.21 und INSA 10.-15.5.21

Aufgrund der quantitativen Wahlergebnisse werden für die qualitativen Ergebnisse Wahrscheinlichkeiten (in Klammern) angenommen:

1. Union und Grüne haben zusammen eine Mehrheit (100%). Die Wahrscheinlichkeiten, wer vorne liegt, werden als gleich angenommen:
 - 1.1. Union liegt knapp vor Grünen = *Schwarz-Grün* (50%)
 - 1.2. Grüne liegt knapp vor Union = *Grün-Schwarz* (50%)
2. Grüne + SPD + FDP = *Ampel* haben ebenfalls eine Mehrheit. (100%)
3. Wegen des ungefähren Gleichstandes von Union und Grünen hat auch eine Koalition aus CDU + SPD + FDP = *Deutschland* eine Mehrheit. (100%)
4. Für eine *Linkskoalition* = Grüne + SPD + Linke sind auch gleich wahrscheinlich:
 - 4.1. *Linkskoalition* hat eine Mehrheit (50%)
 - 4.2. *Linkskoalition* hat keine Mehrheit (50%)

Wie verhalten sich die Parteien?

Für die Parteien werden vier Verhaltensannahmen (VA1 bis VA4) getroffen. Bei Widersprüchen priorisieren die Parteien entsprechend der Reihenfolge. Für VA1 und VA3 wird unterstellt, dass deren Befolgung doppelt so wahrscheinlich ist wie die Abweichung davon.

VA1-Regieren: **A:** Parteien wollen lieber regieren als in die Opposition gehen (67%). **B:** Wenn die Zugeständnisse in der Koalition so weit gehen müssen, dass Stimmenverluste drohen, gehen Parteien in die Opposition (33%).

VA2-Kanzleramt: Parteien, die das Kanzleramt besetzen könnten, bevorzugen eine Koalition, in der sie das Kanzleramt auch besetzen (100%).

VA3-Stabilität: **A:** Parteien, die das Kanzleramt besetzen können, bevorzugen die stabilere Koalition: 2er- vor 3er-Koalitionen, andere vor einer Linkskoalition (67%). **B:** Wenn die Zugeständnisse in der Koalition so weit gehen müssen, dass Stimmenverluste drohen, bevorzugen Parteien programmatisch näher liegende vor der stabileren Koalitionen (33%).

VA4-Programm: Parteien bevorzugen eine Koalition mit programmatisch näher stehenden Parteien gegenüber anderen Koalitionen (100%).

Zu welchen Koalitionsbildungen kann es dann kommen?

Wir unterscheiden dazu die vier möglichen Fallkombinationen, die jede mit einer Wahrscheinlichkeit von $50\% \times 50\% = 25\%$ eintritt. Wir beginnen mit den Koalitionspräferenzen.

Fallkombination I: *Schwarz-Grün & Linkskoalition möglich* (25%)

Union:	<i>Schwarz-Grün</i>	vor	<i>Deutschland</i>		
Grüne:	<i>Ampel</i>	vor	<i>Linkskoalition</i>	vor	<i>Schwarz-Grün</i>
SPD:	<i>Linkskoalition</i>	vor	<i>Ampel</i>	vor	<i>Deutschland</i>
FDP:	<i>Deutschland</i>	vor	<i>Ampel</i>		

Die Grünen werden nicht in *Schwarz-Grün* eintreten, da sie mithilfe alternativer Optionen das Kanzleramt besetzen können; Zugeständnisse der Union werden das nicht ausgleichen. Die von den Grünen wegen der Stabilität bevorzugte *Ampel* kommt zustande, wenn auch die SPD sich dafür anstatt für eine *Linkskoalition* entscheidet. Der SPD kommt so die Schlüsselrolle und eine entsprechende Verhandlungsposition zu. Wenn VA1 auch für die FDP zutrifft, kommt es tatsächlich zur *Ampel* (67%). Wenn die FDP aussteigt, dann kommt es zur *Linkskoalition* (33%), weil diese von der SPD gegenüber *Deutschland* wegen VA4 bevorzugt wird. Entweder steigt die SPD oder die FDP aus *Ampel*-Verhandlungen aus (je 33%). In beiden Fällen käme es zur *Linkskoalition*. Die bedingte Wahrscheinlichkeit für eine *Ampel* beträgt also 67%. Die Schlüsselrolle nimmt letztlich die FDP mit ihrer Entscheidung ein, in welchen sauren Apfel sie beißen

will: In einer linkslastigen *Ampel* mitregieren oder das Land einer *Linkskoalition* überlassen und gegen diese mitopponieren.

Fallkombination II: Schwarz-Grün & keine Linkskoalition möglich (25%)

Union: Schwarz-Grün vor Deutschland
Grüne: Ampel vor Schwarz-Grün
SPD: Ampel vor Deutschland
FDP: Deutschland vor Ampel

Die Grünen werden aus denselben Gründen wie in Fallkombination I nicht in *Schwarz-Grün* eintreten, Der SPD wird sich zwischen *Ampel* und *Deutschland* wegen VA4 für eine *Ampel* entscheiden. Die FDP wird sich dem anschließen, was ihr hier leichter fallen wird, da weder Grünen noch SPD die *Linkskoalition* offensteht, und sie der FDP so weniger leicht Zugeständnisse abringen können. Die Fallkombination II läuft auf eine *Ampel* hinaus (100%).

Fallkombination III: Grün-Schwarz & Linkskoalition möglich (25%)

Union: Deutschland vor Grün-Schwarz
Grüne: Grün-Schwarz vor Ampel vor Linkskoalition
SPD: Linkskoalition vor Ampel vor Deutschland
FDP: Deutschland vor Ampel

Die Präferenzen der Grünen ergeben sich aus VA3 (Stabilität des erreichten Kanzleramtes). Die Option der Union auf das Kanzleramt mit *Deutschland* wird an der SPD scheitern, die programmatisch eine *Linkskoalition* oder eine *Ampel* bevorzugt. Da die Union wegen VA1 regieren will, wird sie sich zu *Grün-Schwarz* bereithalten. Jetzt steht die Union vor der Entscheidung, in welchen sauren Apfel sie beißen will: Als Juniorpartner in *Grün-Schwarz* mitregieren oder gegen eine *Ampel* oder gar *Linkskoalition* mitopponieren. Die Fallkombination III läuft auf *Grün-Schwarz* hinaus (100%).

Fallkombination IV: Grün-Schwarz & keine Linkskoalition möglich (25%)

Union: Deutschland vor Grün-Schwarz
Grüne: Grün-Schwarz vor Ampel
SPD: Ampel vor Deutschland
FDP: Deutschland vor Ampel

Die Fallkombination IV unterscheidet sich von III nur dadurch, dass die SPD der Union nur mit einer *Ampel* und nicht noch mit einer *Linkskoalition* drohen kann. Bevor die Union in die Opposition gedrängt wird, kommt es in Fallkombination IV zu *Grün-Schwarz* (100%).

Wir bekommen zu 100 Prozent eine grüne Kanzlerin!

Wenn die Union vor den Grünen liegt, ist eine *Ampel* mit grüner Kanzlerin das wahrscheinlichere Ergebnis. Nur wenn dann auch noch eine *Linkskoalition* rechnerisch möglich ist und die FDP doch lieber in die Opposition geht, kann es auch zu einer *Linkskoalition* kommen. Wenn die Grünen vor der Union liegen, kommt es zu *Grün-Schwarz*. Die Union wird also in keinem Fall das Kanzleramt besetzen. Die SPD kommt dafür ohnehin nicht in Betracht.

Die Koalitionen unter grüner Führung werden sich nach den Partnern der Grünen unterscheiden: Union, SPD/FDP oder SPD/Linke. In jedem Fall wird die grüne Programmatik ein hohes Gewicht haben. Die Alternative *Grün-Schwarz* oder *Ampel* wird keinen wesentlichen programmatischer Unterschied ausmachen; einzig wäre das mit einer *Linkskoalition* der Fall. Unter den angenommenen Wahrscheinlichkeiten (Je 50%: Union oder Grüne liegen vorn. Je 50%: *Linkskoalition* möglich oder nicht. 33%: entweder FDP oder SPD steigt aus *Ampel*-Verhandlung aus)

errechnen sich für die Koalitionen insgesamt die Wahrscheinlichkeiten:

<i>Linkskoalition</i>	$8,3\% = 25\% \times 33\%$
<i>Ampel</i>	$41,7\% = 25\% \times 67\% + 25\% \times 100\%$
<i>Grün-Schwarz</i>	$50,0\% = 25\% \times 100\% + 25\% \times 100\%$

Koalitionspräferenzen sind nicht Parteipräferenzen

Daraus ergeben sich nun Anreize zu strategischem Wahlverhalten, das nicht den Parteipräferenzen der Wähler, sondern den Koalitionspräferenzen entspricht. Diese können wir auf „*Linkskoalition/linke Politik*“ oder „keine *Linkskoalition/bürgerliche Politik*“ reduzieren.

Wen sollte diejenigen wählen, die eine linke Politik präferieren?

Prima facie eine der drei linken Parteien Grüne, SPD oder Linke. Wenn man jedoch die Grünen wählt und ihnen so zum Vorsprung vor der Union verhilft, schließt man die Bildung einer *Linkskoalition* aus, weil es so zu *Grün-Schwarz* kommt (Fallkombinationen III und IV). Wer die Linke wählt, verhilft den drei linken Parteien zwar überhaupt zu einer rechnerischen Mehrheit. Die Linke hat jedoch keinen Einfluss auf das Zustandekommen einer *Linkskoalition*, denn Sie wird nur eingeladen, wenn Grüne und SPD diese Koalition auch wollen. Die Schlüsselrolle kommt der SPD zu. Nur wenn es ihr gelingt, die FDP aus *Ampel*-Verhandlungen zu vergraulen, kann eine *Linkskoalition* zustande kommen. Wer eine linke Politik präferiert, sollte also die SPD wählen. Das stimmt mit der Linie der Partei- und Fraktionsführungen sowie der absehbaren Bundestagsfraktion überein. Der Kanzlerkandidat der SPD, der nicht Kanzler geworden sein wird, wird eine *Linkskoalition* nicht mehr abwenden.

Wen sollten diejenigen wählen, die eine bürgerliche Politik präferieren?

Prima facie die bürgerlichen Parteien Union und FDP, aber prima facie ist nicht strategisch. Wenn man die Union wählt und ihr damit zum Vorsprung vor den Grünen verhilft (Fallkombinationen I und II), kommt es zur *Ampel* oder zur *Linkskoalition*. Die Union regiert dann nicht mit und von den bürgerlichen Parteien allenfalls die FDP. Wenn man hingegen die Grünen wählt und ihnen so einen Vorsprung vor der Union verschafft, kommt es zu *Grün-Schwarz*. Da Grüne und Union etwa gleich stark sein werden, wird das Gewicht bürgerlicher Politik in dieser Koalition erheblich größer sein als in einer *Ampel*. Wer eine bürgerliche Politik präferiert, sollte also die Grünen wählen. Das ist paradox, aber strategisch. Dazu passt, dass die Grünen eine *Linkskoalition* machtpolitisch wegen der Stabilität ihrer Kanzlerschaft und programmatisch wegen ihrer *linksbürgerlichen* Klientel nicht präferieren,

Wen sollten bürgerliche Wähler wählen, die ihre Risikoneigung leitet?

Bürgerliche Wähler könnten daran denken, die FDP zu wählen; das würde das FDP-Gewicht in einer *Ampel* erhöhen, sofern es dazu kommt (immerhin 41,7%). Mit der Wahl der FDP könnten sie auch versuchen, die Union hinter die Grünen zu platzieren und so die Fallkombination I und damit die Möglichkeit einer *Linkskoalition* überhaupt auszuschließen; der sicherere Weg dorthin wäre allerdings, den Grünen direkt vor die Union zu verhelfen.

FDP-Wähler gehen zwei Risiken ein: Erstens nehmen sie den Grünen Stimmen, um vor die Union zu gelangen, und verhindern so *Grün-Schwarz* (50%). Zweitens gehen sie in diesem Fall das Risiko ein, dass die FDP durch Ausschlagen der *Ampel*- eine *Linkskoalition* zulässt (33%), insgesamt $16,7\% = 50\% \times 33\%$. Dagegen steht die Chance, mit der FDP-Stimme die Mehrheit einer *Linkskoalition* zu verhindern (50%). Die Gewinnchance dieser „Lotterie“ ist $50\%:16,7\% = 3:1$. Risiko-geneigte Wähler, die 25% Verlustchance in Kauf nehmen, können die FDP wählen. Ihr „Einsatz“ ist das Zustandekommen einer *Linkskoalition*. Risiko-aversen Wählern sind 25% Risiko zu hoch; ihre Alternative ist *Grün-Schwarz*.

Wen sollten diejenigen wählen, die eine Politik der Mitte präferieren?

Unter einer Politik der Mitte wollen wir den Kompromiss zwischen bürgerlichen und linken Parteien verstehen, also Koalitionen wie *Schwarz-Grün*, *Grün-Schwarz*, *Ampel*, *Deutschland* und die sog. *Große Koalition*. Das sind (ohne Große Koalition) diejenigen, die nach Lage der Dinge auch von bürgerlichen Wählern bevorzugt werden. Wer also eine Politik der Mitte präferiert, sollte sich also genauso wie ein bürgerlicher Wähler verhalten. Diese Verhaltensidentität ist dadurch bedingt, dass eine bürgerliche Regierungsmehrheit nicht mehr möglich ist. Das für eine bürgerliche Mehrheit nötige Wählerspektrum ist von der AfD beschnitten.

Grenzen strategischen Wählens

Die Wirkung strategischen Wählens beruht darauf, dass sich die große Mehrheit der Wähler nach ihren Parteipräferenzen verhält und nur eine kleine Minderheit davon abweicht. Es geht ja auch nur um kleine Abweichungen von einem insgesamt nach Parteipräferenzen festgelegten Wahlergebnis. Es geht nur um knappe Ergebnisse: Liegen die Grünen vorn, oder liegt die Union vorn? Hat eine Linkskoalition eine Mehrheit, oder hat sie keine Mehrheit?

Wenn eine Mehrheit oder gar alle Wähler sich strategisch verhalten würden, wäre dieses Verhalten kontraproduktiv. Wenn eine Mehrheit die SPD wählen würde, gäbe es keine Regierungsbeteiligung der Linkspartei. Wenn eine Mehrheit die Grünen wählen würde, gäbe es keine Regierungsbeteiligung bürgerlicher Parteien. Strategisches Wahlverhalten basiert darauf, dass die Wahlergebnisse nur hinsichtlich der knappen Fallunterscheidungen strategisch beeinflusst werden können. Wenn sich der Bezugsrahmen von Umfragen und wahrscheinlichen Koalitionsbildungen ändert, ändert sich auch das strategische Wahlverhalten.

Zum strategischen Verhalten gehört auch, dass man es geheim hält. Man stelle sich vor, Olaf Scholz erklärte: „Wählt uns! Wir haben es in der Hand, dass es eine Linkskoalition gibt!“, Annalena Baerbock: „Wählt uns, wenn Ihr Euch noch einen Regierungseinfluss der Union sichern wollt!“, Armin Laschet: „Wählt uns, wenn Ihr uns aus der Regierung entfernt sehen wollt. Und nur wenn wir stärkste Partei werden, ist eine Linkskoalition überhaupt möglich!“ oder Christian Lindner: „Wählt uns! Es ist aber nicht sicher, dass wir, auch wenn wir es könnten, eine Linkskoalition in jedem Fall verhindern.“

D8-3

Replik (I): Bürger an die Macht – aber wie?

Eine Replik auf Jörn Kruse

Jan Thieme

Kruse lässt mit seiner Reformkonzeption keinen Stein auf dem anderen

Jörn Kruse, emeritierter Professor für Wirtschaftspolitik und ehemaliger Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft, hat Anfang 2021 sein Buch [Bürger an die Macht](#). *Wie unsere Demokratie besser funktioniert* vorgelegt. Nachdem seine ersten [Aufsätze zum Thema](#) schon vor vielen Jahren publiziert wurden, verarbeitet er darin unter anderem aus der Sicht eines Ökonomen auch seine politischen Erfahrungen als „teilnehmender Beobachter“, wie er es einmal genannt hat. *Bürger an die Macht* präsentiert eine „Demokratische Reformkonzeption“, die – um es vorweg zu nehmen – kaum einen Stein unseres Verfassungsgebäudes auf dem anderen lässt.

Dem Autor dieser Replik, der ebenfalls Ökonom ist, ist das Ansetzen an den Anreizstrukturen für Politiker von Haus aus sympathisch. Kruse identifiziert in der Politik ein sog. Principal-Agent-Problem: Der Agent (hier: Politiker) täte nicht oder nur mangelhaft das, was sein Principal=Auftraggeber (hier: Wähler) von ihm erwartet, und der Principal – das macht das Problem dieser Asymmetrie aus – kann in unserem Verfassungssystem nichts dagegen ausrichten. Der Autor dieser Replik teilt aus eigenem Erleben auch die Kritik am Mechanismus der adversen Personalselektion in den Parteien: Die Parteien wählen nicht das Personal aus, das sich auch außerhalb der Politik bewähren würde, und züchteten anstatt unabhängiger Personen mit eigener Urteilskraft eine hörige Gefolgschaft heran. Zutreffend prangert Kruse das „resistente Kollektivmonopol“ der Politiker an und als Spezialist für Ordnungspolitik legt er seine Reformkonzeption auf eine Erhöhung der Wettbewerbsintensität an.

Die Reformkonzeption ist zum Teil sehr detailliert und kann hier nicht in derselben Detailtiefe behandelt werden. Es werden nur die tragenden Säulen seines Reformgebäudes berührt, wobei es zwangsläufig zu einer verkürzten Darstellung kommt. Insbesondere die Bestimmungen zum Wahlrecht und die Vorschläge zur direkten Demokratie werden hier nicht erörtert.

Fünf direkt gewählte Körperschaften sind etwas kompliziert

Die Reformkonzeption sieht allein auf Bundesebene fünf direkt gewählte Körperschaften vor: 1. das Parlament als Gesetzgeber, 2. Parlamentarischen Fachräte mit Beratungsrechten, 3. den Regierungskonvent, der die Regierung wählt, 4. den Bürgersenat als zweite Kammer sowie 5. die Landtage, aus denen der weiterhin vorgesehene Bundesrat entsteht. Derzeit kommt unsere Verfassung mit zwei Körperschaften (Bundestag und Bundesrat) aus, was die politische Entscheidungsbildung bisweilen schon kompliziert genug gestaltet. Das Zusammenspiel von fünf Körperschaften führt absehbar zu Kompetenzstreitigkeiten und Verzögerungen mit der Konsequenz von Kompromissen auf kleinstem Nenner. Überdies ist anzuzweifeln, ob das Interesse der Bürger so groß ist, sich mit den verschiedenen Wahlvorgängen und deren Sinn durchzufinden. So gewinnen die Bürger auch nicht mehr Macht.

Der Segen des Föderalismus für Machtbalance und Wettbewerb wird unterschätzt

Der deutsche Föderalismus ist zwar nicht das Thema von *Bürger an die Macht*. Mit seiner Generalkritik am Verfassungssystem unterschätzt Kruse jedoch die Bedeutung des deutschen Föderalismus als Entscheidungskorrektiv und Teil der Machtbalance. Der Bürger kennt immer auch einen konkurrierenden Gegenentwurf aus seinem oder aus einem anderen Bundesland. Auch so kann man die politische Wettbewerbsintensität erhöhen und damit Anreize zur Verbesserung schaffen, was wir aktuell genau in der Pandemie-Bekämpfung erleben.

Parlamentsunabhängige Regierungslegitimation macht nicht parteiunabhängiger

Die Reformkonzeption sieht vor, dass das nach Verhältniswahlrecht zu wählende Parlament für Haushalt und Gesetzgebung (ohne „Demokratieregeln“) zuständig ist. Die Regierung wird unabhängig davon von einem Regierungskonvent bestimmt, was der Regierung Unabhängigkeit von Parteien und (wechselnden) Koalitionen verschafft. Die Parlamentarier sind dann nicht mehr gezwungen, „ihre“ Regierung zu stützen, sondern sie können sich unabhängig rein an der Sache orientieren und ihr Mandat auch mit wechselnden Mehrheiten frei ausüben.

Es gibt andernorts und auch in der Geschichte Verfassungssysteme mit voneinander unabhängiger Legitimation von Parlament und Regierung. Aber weder in Frankreich noch in den USA sind dadurch die Regierungen von den Parteien unabhängiger geworden; das Gegenteil ist bisweilen eingetreten. Ein von den Parteien zu besetzter Regierungskonvent wird das auch nicht richten. Der Regierungskonvent wird von einer vor der Wahl zu bildenden Parteienkoalition nach dem Prinzip *the winner takes it all* besetzt. Wenn Machterhalt ein dominanter Anreiz für Politiker ist, dann werden Politiker auch die Machtoption einer vom Parlament unabhängigen

Legitimation ausnutzen, so auch der Block der *en bloc* gewählten 50 Mitglieder des Konvents. So wird das Ziel, das resistente Kollektivmonopol aufzubrechen, nicht erreicht.

Ex ante-Koalitionen führen zum Duopol oder gar zum Monopol

Der von Kruse reklamierte Vorteil einer ex ante-Koalitionsvereinbarung (vor der *en bloc*-Wahl des Regierungskonvents) sei es, dass die Wähler vor der Wahl erführen, was die Parteien „mit der Stimme machen“. Mögliche Koalitionspartner sollen sich vor der Wahl auf ein gemeinsames Programm verpflichten. Papier ist geduldig; auch gewählte Koalitionen können nach der Wahl etwas anderes tun als sie vorher ankündigen. Das erinnert an das *Programme commun* der französischen Sozialisten, Kommunisten und Radikalen von 1972. Zwei Jahre nach seiner Wahl zum Präsidenten und mit satter Mehrheit in der Nationalversammlung vollzog Mitterrand die Wende zum Austeritätsprogramm.

Die *en bloc*-Wahl des Regierungskonvents mit der Bildung von ex ante-Koalitionen konvergiert zwangsläufig zu einem faktischen Mehrheitswahlsystem. Es müssen sich vor der Wahl chancenreiche Wahlbündnisse bilden, was zu einer Polarisierung und einem Duopol führt. Koalitionen etwa von bürgerlichen und linken Parteien wie Schwarz-Grün, Deutschland, Ampel oder GroKo werden entweder nicht mehr stattfinden, oder sie werden die Regierungsbildung alternativlos monopolisieren. Mit wem etwa sollten die Grünen antreten? Mit der Union? Das führte zum Monopol, da alle anderen Randkoalitionen zu schwach wären. Mit SPD und Linken? Das führte zum polarisierten Duopol linke gegen bürgerliche Parteien. Der geneigte Leser mag das anhand von Wahlchancen und Programmaffinität selbst ausdeklinieren. Mit der *en bloc*-Wahl von ex ante-Koalitionen wird das Gegenteil von dem erreicht, was Kruse sich wünscht: Ein repräsentativ(er)es System mit höherer Wettbewerbsintensität.

Die Schlüsselstellung kleiner Koalitionspartner ist ein Scheinproblem

Kruse moniert die dem vermeintlichen Wählerwillen entgegenstehende Machtstellung eines kleineren Koalitionspartners, das *Der Schwanz wedelt mit dem Hund*-Problem, und plädiert deshalb für wechselnde Mehrheiten und für Minderheitsregierungen, die sich ihre Mehrheit im Parlament fallweise suchen müssen.

Nehmen wir die sozialliberale Koalition der 1970er Jahre, in der die FDP Teile der SPD-Programmatik nicht mitmachen wollte. Den Beifall der Union dazu hatte sie und damit eine Mehrheit der Wähler. Das Ergebnis war ein Kurs der linken Mitte, der ein breiteres Wählerspektrum repräsentierte als eine reine SPD-Politik. Oder nehmen wir die christlich-liberale Koalition unter Kohl, in der die FDP nicht die Mittel-, sondern die Randposition einnahm. Sozialpolitisch hat sich die FDP kaum durchsetzen können, weil die Union immer die SPD als Wettbewerber um die Mitte hatte. Das Ergebnis war wiederum eine Politik mit breiter Wählerzustimmung. (Das Lambsdorff-Papier von 1982 ist erst mit der Agenda 2010 umgesetzt worden.) Das *Der Schwanz wedelt mit dem Hund*-Problem ist ein wohlfeiles Scheinproblem, das die völlige Umgestaltung des Verfassungssystems nicht rechtfertigt.

Die Parteien werden auch einen Bürgersenat kapern

Der Bürgersenat ist die originellste Neuerung der Reformkonzeption. Er fungiert als klassische Zweite Kammer (eigentlich Dritte Kammer neben dem Bundesrat), entscheidet exklusiv über Demokratieregeln (Verfassung und Wahlrecht) und trifft Personalentscheidungen, die vom Parteienproporz freigehalten werden sollen (Gerichte, Fachbehörden). Die Bürgersensatoren werden in einem reinen Persönlichkeitswahlrecht gewählt. Hier sollen in besonderer Weise, wie es der Buchtitel indiziert, nicht Parteien, sondern *Bürger an die Macht* kommen.

Es bleibt jedoch die Frage offen, wie sich die Kandidaten vor der Wahl in unserer Mediengesellschaft gegenüber den Bürgern ohne Parteien präsentieren sollen? Es stellt sich auch die

Frage nach dem Kandidatenreservoir außerhalb der Politik: Gibt es genügend Bürger, die zwar geeignet aber angesichts ihrer außerpolitischen Erfolge und Verpflichtungen auch interessiert sind? Wer wäre denn überhaupt bereit und dazu in der Lage, einen individuellen, parteiunabhängigen Wahlkampf zu finanzieren und zu führen?

Auch wenn man diese Probleme meint lösen zu können, wird man es nicht verhindern, dass sich die Bürgersensoren in Clubs, Kreisen oder doch wieder Fraktionen zusammenfinden. Auch innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion gibt es Fraktionen, die Seeheimer, die Linke und das Netzwerk. Und jeder Abgeordnete tut gut daran, sich einer davon anzuschließen, wenn er überhaupt etwas bewirken will. Das ist überall so. Und man will wohl nicht annehmen, dass die Parteien es unterlassen werden, Kontakte zu den Bürgersensoren zu knüpfen und diese für sich und ihre Anliegen einzunehmen zu versuchen.

Es mangelt in unserem Land nicht an fachlicher Expertise

Kruses Buch durchzieht das Anliegen, mehr Fachkompetenz in die Politik zu bringen. Dem könnte man entgegenhalten, Facharbeit sei nicht die Aufgabe der Politik. Sie sollte vielmehr zwischen unterschiedlichen Interessen und Präferenzen oder in Zielkonflikten vermitteln. Die Reformkonzeption sieht dennoch die Wahl von fachkundigen, parteiunabhängigen Bürgern in ständige oder aktuelle parlamentarische Fachräte mit Anhörungs- und Initiativrechten vor.

Die Politik leidet nicht unter einem Mangel an fachlicher Expertise. Es mangelt nicht an Enquete-Kommissionen, Sachverständigenräten, Forschungsinstituten, Experten-Hearings etc. auch nicht an fachkundigen Beamten. Jedes Angebot sucht sich seine Nachfrage. Jeder, der zu einem Thema etwas zu sagen hat, findet auch einen Weg, es bei den zuständigen Politikern zu Gehör zu bringen. Politiker weigern sich auch nicht, Expertenrat zur Kenntnis zu nehmen. Es ist aber so, dass die einen Politiker lieber den Rat der einen Experten und die anderen lieber den der anderen hören. Neue Fachräte werden dem auch nicht abhelfen.

Wenn das Übel in den Parteien liegt ...

Kruses Kritik an den Parteien ist nachvollziehbar. Sein Ansatz, das Principal-Agent-Problem durch eine höhere Wettbewerbsintensität für die Agenten anzugehen, ist logisch. Die Beteiligung parteiunabhängiger Bürger ist eine Option dafür. Eine erweiterte Gewaltenteilung durch weitere Verfassungsorgane theoretisch auch. Letzteres, wie gezeigt, jedoch nicht notwendig.

Wenn aber das Übel in den Parteien liegt, sollte man dann nicht zunächst in den Parteien ansetzen? Niemand will auf die Parteien verzichten, aber man könnte sie reformieren. Muss man dazu den ganzen Staatsaufbau umkrempeln? Ob *unsere Demokratie* dann *besser funktioniert*, können wir kaum wissen. Eingriffe zunächst nur in die Parteien, bürden weniger Risiko. Es ist Kruse zu danken, dass er den Diskurs darüber mit seinem außerordentlich konstruktiven Beitrag belebt hat. Vielfach wird im politischen Diskurs nur herumgemäkelt. Wie es besser zu machen sei, liest man seltener. Darum ist dem Buch eine hohe Aufmerksamkeit zu wünschen.

Jörn Kruse: Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert. Kohlhammer 2021, 296 S., 29,00 €

D8-4

Demokratie heißt Beteiligung und Mitsprache der Bürger

Dirk Meyer ¹

Besprechung des Buches Jörn Kruse, Bürger an die Macht – Wie unsere Demokratie besser funktioniert, W. Kohlhammer, Stuttgart 2021, 296 Seiten.

Zuerst erschienen in [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), 17. Mai 2021

Anlässlich der Gründung des Deutschen Reichs vor 150 Jahren warnte Frank-Walter Steinmeier Anfang des Jahres vor antidemokratischen Tendenzen. Der Anblick von Reichskriegsflaggen auf den Stufen des Reichstagsgebäudes sowie die Bilder von der Erstürmung des US-Kapitols sollten uns, so der Bundespräsident, vor Selbstgewissheit schützen. Gefahren für die Demokratie resultieren jedoch auch aus den strukturellen Mängeln im politischen System selbst. Diesen Fokus greift Jörn Kruse, Emeritus an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, auf. Die Allmacht der Parteien, sachfremde Entscheidungen, Lobbyismus, Korruption/Seilschaften, eine Kurzfrist-Orientierung, Bürgerferne und Reformstau würden Politikverdrossenheit und politische Abstinenz in weiten Teilen der Bevölkerung hervorrufen. Funktionsmängel der „parteiendominierten Parlamentarischen Demokratie“ überforderten auch einzelne Politiker, „wie engagiert und gutwillig diese auch sein mögen“.

Kruse kennt das politische System aus mancherlei Blickwinkeln: Als Mitglied verschiedener Parteien (SPD 1968–1993, Freie Wähler 2012–2013, er war einer der 68 Hauptzeichner der Wahlalternative 2013, AfD 2013–2018); als Funktionsträger war er Vorsitzender des Hamburger AfD Landesverbands (2013–2015) und Vorsitzender der AfD-Bürgerschaftsfraktion (2015–2018); sodann als Berater verschiedener Ministerien des Bundes und der EU-Generaldirektion Wettbewerb – und nicht zuletzt aus wissenschaftlicher Perspektive als Professor für Volkswirtschaftslehre mit den Forschungsfeldern Wettbewerb und Regulierung, Telekommunikation, Medien und der Verfassung des politischen Systems. Die Monographie mit dem Titel „Bürger an die Macht – Wie unsere Demokratie besser funktioniert“ vereint vor diesem Hintergrund drei Formalziele: Politik verstanden als das Streben nach demokratischer Legitimität, Rechtsstaatlichkeit verstanden als Legalität und Ökonomie verstanden als Effektivität (Wirksamkeit) und Effizienz (Kostengünstigkeit).

Kritik an politischer Struktur

Kruse macht seine Kritik an den derzeitigen politischen Strukturen an fünf Hauptproblempunkten fest:

Erstens stellt er eine geringe Möglichkeit zur Bürgerpartizipation fest. Nur 0,3 Prozent der Bürger seien aktive Parteimitglieder, die über die Programmatik und Kandidatenauswahl entscheiden würden. Die 5-Prozent-Sperrklausel wirke als Konkurrenzschutz gegenüber (innovativen) Außenseitern und die Wähler hätten keinerlei Einfluss auf die Kandidatenauswahl der Abgeordneten und der Regierungsmitglieder. Auch spiegele der Koalitionsvertrag den Ausgang einer Wahl nur sehr begrenzt wider.

¹ Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt am Institut für Volkswirtschaftslehre, Lehrstuhl für Ordnungsökonomik, Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg.

Zweitens beschreibt er erhebliche Mängel der Gewaltenteilung, die eine Konzentration der politischen Macht zur Folge hätte. So wählt das Parlament, vornehmlich die Abgeordneten der Regierungskoalition, den Kanzler und nimmt Einfluss auf die Kabinettsbildung.

Drittens konstatiert Kruse eine Übermacht der Parteien. Das Parlament hat ein „Legitimationsmonopol“ und die Regierungsparteien eine entsprechende Durchsetzungsmacht. Ritualisierte Parlamentsdebatten und ein Fraktionszwang würden die Diskussion um Alternativen einengen. Ökonomisch gesprochen entspricht dies einem Zwangskartell mit suboptimaler Qualität bei nur geringer Innovationsrate. Zudem würden die Abgeordneten die Demokratieregeln (Wahlrecht, Parteienfinanzierung, Machtverteilung im Staat) selbst festlegen und ihren (partei-)politischen Einfluss bei der Bestimmung von Verfassungsrichtern und der Personalbesetzung anderen staatlichen Institutionen wie Rechnungshof, Statistikbehörde, der Zentralbank sowie der Rundfunkräte wahrnehmen.

Viertens bemängelt Kruse die Sozialisation in einer bürgerfernen „Politischen Klasse“, die als Kollektivmonopol agiere. Der Regelfall sei der des Berufspolitikers, nicht selten mit abgebrochenem Studium und ohne Berufsausbildung respektive Berufserfahrung. Quereinsteiger seien selten zu finden, da hier – vornehmlich aus Gründen eines eigenen Ämteranspruches – die innerparteiliche Unterstützung fehle. Ebenso sei ein Wechsel in die freie Wirtschaft regelmäßig nur als Lobbyist möglich und lukrativ. In diesem Umfeld gerät die Postenverteilung zur Aufteilung der „Wahlbeute“. In der Folge zähle nicht die Fachkunde, was gerade auf den Führungspositionen in den Ministerien zu Problemen führe. Vielmehr gerate die parteipolitische Loyalität zur speziellen Kompetenz eines erfolgreichen Politikers.

Schließlich fünftens würden mangelnde Information und Fachkunde gerade bei komplexen Problemen angemessene Lösungen verhindern. Kurzfristige Anreizstrukturen des (Wieder-)Wahlzyklus würden Problemaufschub, mangelnde Nachhaltigkeit, Kurzfristlösungen und zeitinkonsistentes Handeln begünstigen, bei dem unter späterem Blickwinkel die getroffenen Entscheidungen als nicht optimal, sondern überteuert und teils problemverschärfend wahrgenommen werden (Demographie und Rente, Infrastruktur, Staatsverschuldung, Klimawandel). Es resultiere eine Kostenverlagerung auf zukünftige Legislatoren und Generationen.

Ein Reformvorschlag

Dieser klaren und fundierten Problemanalyse stellt Kruse eine vollständige, im Detail ausgearbeitete Reformkonzeption gegenüber. Sein Gegenentwurf kennzeichnet drei große Linien. Zentral ist für Kruse eine intensivere Bürgerpartizipation. Sie wird durch vier Wahlen greifbar, nämlich der zum Parlament, der zum Regierungskonvent, der zum neu errichteten Bürgersanat und der zu Fachräten.

Das Parlament wird in einer Verhältniswahl ohne Sperrklausel gewählt, wobei die Verkleinerung auf 400 Sitze mit einem intensiveren Wettbewerb der Kandidaten einhergehen würde. Die Parteien stellen Kandidatenlisten für die Wahlkreise auf, über die die Bürger durch die Aufteilung mehrerer Stimmen entscheiden können.

Sodann liegt ein Schwerpunkt der neuen Strukturen in der Gewaltenteilung. Die Regierung wird durch einen von den Bürgern gewählten Regierungskonvent bestellt, wobei die Parteien ihre jeweiligen Kandidatengruppen mit entsprechenden Regierungsprogrammen zur Wahl stellen. Dies ermöglicht Minderheitsregierungen mit wechselnden, themenorientierten Mehrheiten im Parlament, wie sie in den skandinavischen Ländern durchaus erfolgreich praktiziert werden. Diese institutionelle Trennung, verbunden mit einer notwendigen, sachorientierten Kooperationsbereitschaft im Parlament wären nach Kruse große Vorteile.

Zur weiteren Unterstützung der Gewaltenteilung wird der Bürgersanat als zweite Kammer eingeführt. In direkter Wahl besetzt, kommen als Kandidaten nur Bürger aus der Zivilgesellschaft

infrage, das heißt Mitglieder der sogenannten „Politischen Klasse“ werden ausgeschlossen. Er übernimmt drei Funktionen. Zum einen entscheidet er über die „Demokratieregeln“, das heißt über die Wahlgesetze zum Parlament und zur Regierung, die Diätenfrage etc. Sodann beeinflusst er die Gesetzgebung, indem er durch Experten die Gesetzesentwürfe analysieren und bewerten lässt, um gegebenenfalls Änderungen vorzuschlagen. Schließlich obliegt ihm die Auswahl der Richter und die oberste Personalbesetzung staatlicher Institutionen wie der Zentralbank, des Rechnungshofes, wie auch der Rundfunkräte als Vierte Gewalt. Als drittes Strukturmerkmal des Reformansatzes stehen Nachhaltigkeit, mehr Sachkompetenz und Präferenzgerechtigkeit im Vordergrund, die speziell durch den Bürgersanat, Parlamentarische Fachräte und die Kandidatenauswahl gewährleistet werden sollen. Insbesondere die Parlamentarischen Fachräte – von den Bürgern gewählt und mit Bürgern wie Experten besetzt – geben der engagierten Gesellschaft einen permanenten Einfluss.

Kruses Vorschlag spiegelt ein wohlgemeintes demokratisches Anliegen wider. Fraglich bleibt, ob der Komplexitätsgrad den Bürger nicht überfordert und der Parteieneinfluss – beispielsweise aus dem Bürgersanat – tatsächlich zurückgedrängt werden kann. Auch setzt Beteiligung an den verschiedenen Wahlen Informationsarbeit der Wähler voraus. Als zentraler Kritikpunkt bleibt jedoch das von Kruse überhaupt nicht angesprochene Problem der Reformblockaden und das des Übergangs in die neuen Strukturen, bei der es Verlierer und deshalb Widerstand der „Politischen Klasse“ geben wird. In jedem Fall bietet die Lektüre eine für den politisch interessierten Leser Anregungen, die durch den umfangreichen Fußnoten- und Quellenapparat zudem wissenschaftlichen Ansprüchen genügt.

D8-5

Die Sicht eines verlassenen Liebhabers von Britannia

Jörn Kruse

Kommentar zu D7-1, Stephanie von Wellinghoff

[Think I of England at night...](#)

Brexit und die Selbstbestimmtheit der Völker

Für Vieles im Beitrag von Stephanie von Wellinghoff habe ich viel Sympathie, vor allem wenn es gegen die Eurokraten in Brüssel geht. Aber in einem zentralen Punkt bin ich ganz anderer Meinung: Ich halte den Brexit für eine veritable Katastrophe und außerdem für ein Versagen der europäischen und deutschen Politiker. Ich nehme dazu eine deutsche Perspektive ein, und zwar mit zwei Kernargumenten.

1. Die Briten sind ein Volk mit viel ökonomischem Sachverstand und rationaler Interessenvertretung. Das gilt auch für die meisten Politiker, ganz im Gegensatz zu Deutschland, wo man bei den Politikern (incl. Kanzler/in und viele Minister/innen) nie weiß, ob sie in ökonomischer Hinsicht eigentlich wissen, was sie tun.²

² Deshalb sind die Briten auch dem Euro gar nicht erst beigetreten. Der währungspolitische Geisterfahrer Helmut Kohl hat bei der Aufnahme Italiens (und Gerhard Schröder mit Griechenland) vermutlich gar nicht gewusst, dass er damit das Scheitern des Euro selbst angelegt und die innereuropäischen Konflikte heraufbeschworen hat. Ein flexibler Wechselkurs ist quasi ein politischer Konfliktvermeider. Den haben die genannten Kanzler beseitigt. Waren sie sich dessen bewusst? Politiker, die die Macht haben, brauchen auf Berater nicht zu hören. Angela Merkel hat 2010ff mit den absurden „Euro-Rettungsschirmen“ die Malaise noch

Bei vielen ökonomischen Fragen, insbesondere was Außen- und Binnenhandel und die Regulierung von Märkten und Unternehmen betrifft, waren die Briten tendenziell immer für freie Märkte und haben (zusammen mit den Niederlanden und den skandinavischen Ländern) die deutschen Interesse quasi mitverteidigt -- und zwar gegen französische und Mittelmeer-Regierungen. Diese starke Stimme fehlt der EU jetzt. Und die deutsche Regierung agiert kurzfristig, opportunistisch und konzeptionslos. Z.B. war Angela Merkel beim sogenannten Corona-Hilfspaket (was es nur dem Namen nach ist) vorne mit dabei, die „sparsamen Vier“ in die Querulanten-Ecke zu stellen, obwohl diese die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Bürger quasi mit vertreten haben.

Fazit: Der ökonomische Verstand der Briten fehlt uns.

2. Die EU ist seit langem in hohem Maße reformbedürftig. Dies gilt für die internen Entscheidungsstrukturen ebenso wie für das Ausmaß der Vergemeinschaftung und die Europa-Ideologie. Während ich noch Frau Barleys Satz im Ohr habe, „Europa sei die Antwort“ auf alle Probleme, wissen Rationaldenkende, dass das von Thema zu Thema völlig unterschiedlich ist. Früher diskutierte man das unter dem Begriff „Subsidiaritätsprinzip“, der sich inzwischen offenbar nur noch für Sonntagsreden eignet, während man in Brüssel möglichst alles mit „europäischer Gemeinschaftssoße“ zukleistert. Jede Vergemeinschaftung (ohne vorherige Subsidiaritätsanalyse der optimalen Dezentralität) wärmt zwar das Herz von Europa-Funktionären, reduziert aber die Souveränität der regionalen Teileinheiten -- nennen wir sie Nationalstaaten oder anders -- und deren demokratische Selbstbestimmung. Das heißt, sie reduziert die Demokratie in Europa. Jede Vergemeinschaftung schafft damit Konflikte, die man vorher nicht hatte. Außerdem macht sie in ihrer europäischen Variante alle Entscheidungsprozesse träge, bürokratisch und konfliktreich. Das gilt auch für die Entscheidungsprozesse, die für die Reformen nötig wären, um aus der EU eine für alle nutzbringende Institution zu machen.

Die Briten haben das frühzeitig erkannt, während die deutschen Regierungen und Parteien an Europabesoffenheit alle anderen weit übertroffen haben und deshalb zu einer echten EU-Institutionenreform weder willens noch in der Lage waren. So habe ich auch Premier David Cameron verstanden. Er wollte Großbritannien eigentlich nicht aus der EU herausführen, sondern letztere reformieren -- quasi mit der Drohung eines Referendums über einen Austritt des Vereinigten Königreichs.

Die Mächtigen in Brüssel und den großen Mitgliedsstaaten haben die daraus erwachsenden Chancen für Europa aber nicht erkannt, äußerst beleidigt reagiert und die Verhandlungen scheitern lassen, weil sie dachten, das Referendum würde pro-europäisch ausfallen. Eine besonders verantwortungslose und blamable Rolle hat dabei Angela Merkel gespielt. Sie hat mit der Kohl-Attitüde des Aussitzens, die sie inzwischen besser als das Original beherrscht, so getan, als ginge sie das nichts an, anstatt zusammen mit anderen einsichtigen Regierungschefs intensiv an einem europäischen Reformkonzept zu arbeiten, das die EU deutlich funktionaler, subsidiärer und demokratischer gemacht und den Briten die weitere Zugehörigkeit ermöglicht hätte. Deutschland gehört zu den Hauptgeschädigten des Brexit. Hat Merkel das nicht gewusst? Aber das ist jetzt Schnee von gestern.

Fazit: Ohne den politischen Verstand der Briten wird es mit einer echten EU-Reform wohl nichts werden.

vergrößert und nur Naive glauben, sie sei schon ausgestanden. Erst kürzlich haben Merkel und Scholz mit der Vergemeinschaftung von Staatsschulden mehr als nur die Büchse der Pandora geöffnet. Für die deutschen Steuerzahler, Sparer und andere wird das noch sehr teuer werden. Wären die Briten von Beginn an Teil des Euro gewesen, wäre dieser Unsinn vermutlich nicht passiert.

Als Folge der Vergemeinschaftung werden die innereuropäischen Spannungen noch zunehmen. Weitere Länder würden gerne aus der EU austreten, um mehr Souveränität zu erhalten. Weil sie überwiegend Nettoempfängerstaaten sind, halten sie sich damit aber zurück und testen stattdessen die Grenzen der Unbotmäßigkeit aus. Der Kern deren Verbleibs besteht praktisch in der europäischen Variante der typischen Merkel-Scheckbuchpolitik.

Während Stephanie von Wellinghoff in ihrem Beitrag primär eine britische Sichtweise eingenommen hat, ist meine eher eine deutsche und europäische. Es ist quasi die Haltung eines „verlassenen Liebhabers“, der emotional und rational die Beziehung zu Britannia gerne fortgesetzt hätte. Die Briten sind jetzt wieder „mehr bei sich“ und haben in vielen Politikfeldern an Souveränität gewonnen. Ob sie aber in zwanzig und mehr Jahren den Brexit in ökonomischer Hinsicht als Erfolg betrachten werden, möchte ich bezweifeln. Der bei weitem beste Teil der EU ist nämlich der europäische Binnenmarkt, der für alle Wohlstand schafft. Dem Binnenmarkt werden die britischen Bürger vermutlich noch nachweinen. Insofern war es mit dem ökonomischen Sachverstand der Briten wohl doch nicht so weit her, wie ich eingangs behauptet habe. Aber es gibt eben auch noch andere Ziele als ökonomische.